



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Stephan Oetzinger, Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Faire Verträge mit freien Künstlern: Bericht über Vertragsgestaltungen für Gastkünstlerinnen und -künstler an den staatlichen Bühnen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis Sommer 2023 einen Bericht zum Thema Gastverträge an staatlichen Theatern (und soweit möglich auch an ausgewählten nichtstaatlichen, staatlich geförderten Bühnen) in Bayern vorzulegen.

Dabei soll besonders auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Inwieweit orientieren sich die Gastverträge an den staatlichen Theatern in Bayern an dem Mustervertrag des Normalvertrags (NV) Bühne? Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung zu den staatlich geförderten Bühnen vor?
- Welche Maßnahmen sind in den Verträgen ggfs. vorgesehen, um die Künstlerinnen und Künstler insbesondere bei (kurzfristigen) Änderungen von Vereinbarungen zu ihren Lasten – etwa hinsichtlich der Anzahl der Vorstellungen, Proben und Aufführungsperioden – sowie bei der Entscheidung zur Doppelbesetzung von Rollen zu unterstützen bzw. das Risiko für die Künstlerinnen und Künstler in diesen Fällen zu minimieren?
- Wie bewertet die Staatsregierung die erst Anfang Oktober beschlossenen neuen Leitlinien der EU-Kommission zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Tarifverträge über die Arbeitsbedingungen von Soloselbstständigen? Werden hier mittelfristig Tarifverträge für Soloselbstständige etwa über den Bundesverband Schauspiel (BFFS) eingeführt?

Begründung:

Die COVID-19-Pandemie hat das Theaterleben in Bayern über längere Phasen der Lockdowns vollständig lahmgelegt. Dabei ist auch offenkundig geworden, dass freie Künstlerinnen und Künstler schon vor der Pandemie ein hohes Risiko für eventuelle Absagen, Vertragsänderungen zu eigenen Lasten etc. getragen haben. Staatliche Theater müssen eine Vorbildfunktion im Umgang mit ihren freien Künstlerinnen und Künstlern ausüben.